

Agenda GroKo top – Demokratie flop

Von Regula Stämpfli



Gestern wurde in Deutschland die Grosse Koalition, kurz GroKo genannt, ins Leben gerufen. Vier Jahre darf nun das europäische Wesen aus deutschen autoritären Einheitsparteien-Geist namens GroKo genesen. Über Nacht wurden alle Rechtsgutachten, welche im Vorfeld

erhebliche staatsrechtliche Bedenken explizierten, weggefegt. Wenn die Regierung Superaussschüsse bestimmt, die dann nur noch zum Abnicken eingeladen werden, steht es zwar nicht gut um die parlamentarische Demokratie, doch perfekt für die GroKo. GroKo zum Frühstück-, zum Mittag- und zum Abendessen! Verstummt sind alle Stimmen, die darauf hinwiesen, dass es im deutschen Bundestag keine Meinungsvielfalt mehr gibt. Die SPD schwelt die Brust und ruft: «Parteiendemokratie!», während sie gleichzeitig die parlamentarische unter ihrem Gewicht erdrückt. Vier Jahre wird es in Deutschland nun nicht mehr möglich sein, die notwendige Opposition zusammenzubringen, um die GroKo-Gesetzgebung in einer Verfassungsklage zu überprüfen. Vier Jahre lang wird wahrscheinlich kein einziger Untersuchungsausschuss in Deutschland zustande kommen, um Unregelmässigkeiten in Regierung und Verwaltung auf den Grund zu gehen. Die GroKo wird dies sicher zu verhindern wissen, denn: Wer untersucht schon den morschen Ast, auf dem man regiert?

Superminister Sigmar Gabriel hat wie Suppenkaspar und Santiglaus in einer Person die parlamentarische Demokratie zugunsten von sozialdemokratischer Postenklüngelei, Geschlechterquoten und Regionalschacher geopfert. Er hat seine sozialdemokratischen Ämter gesichert und auf 2017 (!) einen Mindestlohn garantiert, der jeden Schweizer das Fremdschämen lehrt und die Deutschen weiterhin schweizerische Stelleninsetrate studieren lässt. Gleichzeitig frohlockt er, «Mutti Merkel» entthront zu haben. Er wäre nicht der Erste, der Merkel unterschätzt und sich noch arg wundern wird. Überhaupt Angela Merkel: Nur dank ihr ist das monströse Kind namens GroKo überhaupt geboren worden.

Nur eine kleine Minderheit von Genossen wehrte sich in der Koalitionsbefragung für all das, wofür die deutschen Sozialdemokraten vor Jahrzehnten noch hingERICHTET wurden: soziale Sicherheit, Beseitigung der grassierenden Armut, menschenfreundliche Arbeitsverträge, Eindämmung der Finanzwirtschaft, Frieden, Chancengleichheit, Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie. Die einzige Opposition in Deutschland ist mit der GroKo vom Bundestag auf die Strasse verlegt worden. Für Historiker ist dies alles andere als eine gute Nachricht. Ein Deutschland, das keine starke parlamentarische Opposition hat, die der Regierung auf die Finger schaut, ein Deutschland, das fast nur Regierungsparteigänger und keine wirklichen Bundestagsabgeordnete mehr vorweisen kann, ein Deutschland, das gegenüber Europa nur nationale GroKo-Interessen vertritt – ein solches Deutschland birgt alles andere als frohe Botschaften. Dass zudem ausgerechnet Gregor Gysi nun als wahrhaftiger Hüter der Demokratie auftritt, sollte eigentlich allen klarmachen, dass die Realität die Satire längst übertrumpft hat. Und in Anlehnung an ein Kurt Tucholsky zugeschriebenes Bonmot für die Schweiz möchte ich schliessen mit: «Die Zensur in Deutschland ist zwar verboten, aber mit der GroKo wird sie prächtig funktionieren.»

Nicht nur die Schweiz denkt über soziale Kosten der Personenfreizügigkeit nach Überraschende Verbündete

Von Pierre Heumann

Während der Abstimmungskampf zur Masseneinwanderungs-Initiative der SVP auf Touren kommt, sind Drohungen aus Brüssel zu hören. Sollte die Initiative angenommen werden, drohe der Schweiz die Isolation, warnte der EU-Botschafter in Bern, Richard Jones, in Interviews.

Dabei wird in wichtigen EU-Ländern die EU-weite Freizügigkeit der Arbeitnehmer zunehmend kritisiert. Das gibt der Schweiz Spielraum für Verhandlungen mit der EU. Vor allem in Deutschland, Österreich, Grossbritannien und den Niederlanden nehmen Bedenken zu, dass das Armutsgefälle in der EU zu neuer Migration führen könnte. Konkret geht es etwa um die Frage, ob EU-Bürger, die nach Deutschland einwandern und Arbeit suchen, ein Recht auf Sozialleistungen haben. Richter in Nordrhein-Westfalen haben Ende November einen Vorentscheid über Sozialtourismus gefällt. Sie sprachen einer rumänischen Familie das Recht auf Hartz IV zu. Die Richter stützten sich auf das «Gleichbehandlungsgebot», das zwischen EU-Staaten gilt. Es habe Gesetzeskraft. Regeln zur Vermeidung von Sozialtourismus würden EU-Prinzipien widersprechen. Brüssel verlange «eine bestimmte Solidarität des aufnehmenden Staates Deutschland mit den anderen Mitgliedstaaten», begründeten die Richter ihren Entscheid. Alles andere sei europarechtswidrig. Das Bundessozialgericht, das den Fall in höherer Instanz ebenfalls zu entscheiden hatte, drückte sich aber letzte Woche vor einer klaren Stellungnahme. Jetzt muss der Europäische Gerichtshof entscheiden, ob das Prinzip europäischer Gleichbehandlung auch für Sozialleistungen gilt, auf die ohne vorherige Beitragspflicht Anspruch besteht, etwa Kindergeld oder Hartz IV. Eine schwedische Familie, der die Zahlung von Arbeitslosengeld verweigert worden war, reichte Klage ein. Dieses dürfte aber nach deutschem Recht keinen Ausländern bezahlt werden, die sich nur im Land aufhalten, weil sie Arbeit suchen. In einem anderen Fall hatten Richter in Nordrhein-Westfalen Ende November das Gegenteil entschieden. Sie sprachen einer rumänischen Familie das Recht auf Arbeitslosengeld zu, obwohl sie nur zur Jobsuche nach Deutschland gekommen war. Jetzt

wird der Europäische Gerichtshof die Frage des Sozialtourismus zu entscheiden haben. Das Urteil des deutschen Landessozialgerichts, das den Sozialtourismus zulassen will, hat weitreichende Folgen. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis sich die neuen Regeln herumsprechen würden, sagte der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn in einem FAZ-Interview: «Die Zahlen werden zunehmen; wir sind am Beginn einer neuen Migrationswelle.» Der Leiter des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München ist überzeugt, dass die Politik das Grundrecht auf Freizügigkeit einschränken werde, um der Einwanderung in den Sozialstaat zu begegnen.

Vor allem gegen Einwanderung von Rumänen und Bulgaren formiert sich Widerstand. Rotterdam und Den Haag wollen ihrer nationalen Regierung trotzen und die «Bürger Service Nummer» (eine Art AHV-Nummer für den Bezug von Sozialleistungen) nicht mehr automatisch aushändigen. In

Die Angst vor ungebremsster Zuwanderung ist nicht zu übersehen, aber die EU will am Prinzip der Sozialleistungen für alle festhalten.

Deutschland, wo jeder zehnte Bulgare und Rumäne Hartz IV bezieht, gibts Kritik. Städte wie Dortmund, Duisburg, München, Mannheim oder Hamburg befürchten stärkere Armutseinzwanderung, falls Bulgaren und Rumänen 2014 von EU-weiter Arbeitnehmerfreizügigkeit profitieren. Einige Städte seien schon jetzt überfordert, sagt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindeverbundes. Es gebe eine grösser werdende Gruppe aus bitterster Armut vor allem aus osteuropäischen EU-Ländern, «die kommen zu uns, weil sie sich ein besseres Leben versprechen», meinte Landsberg in einem Interview.

Sorgen bereitet die Migration ins Sozialsystem auch den Briten. 50000 Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien werden in einem Jahr ins Königreich strömen, schätzt man auf der Insel. Die Bevölkerung ist stark beunruhigt, wie repräsentative Umfragen zeigen. Die von Brüssel

gepriesene Solidarität stösst auf wenig Gegenliebe. London sollte am besten die Grenzen für Bürger aus den beiden Ländern schliessen, gibt die Hälfte der Befragten an. Der britische Regierungschef fordert jetzt unter anderem eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

In einem gemeinsamen Brief haben Berlin, London, Amsterdam und Wien vor einem halben Jahr Brüssel mit dem Problem konfrontiert. Die EU solle klären, ob Einwanderung in den Sozialstaat eingeschränkt werden könnte. Solches ruft in der Regel László Andor auf den Plan, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. Die Kritik an der Zuwanderung bezeichnet er als «Hysterie». Obwohl die Angst vor ungebremsster Zuwanderung nicht zu übersehen ist, will die EU am Prinzip der Sozialleistungen für alle festhalten. Für mehr als 14 Millionen EU-Bürger, die längerfristig in einem anderen Mitgliedstaat leben, sei Freizügigkeit das Grundrecht der EU, das von den Europäern am meisten geschätzt werde, steht in einem Brüsseler Dokument. Einschränkung der Freizügigkeit taxiert Andor als Verstoß gegen EU-Regeln. Alle EU-Bürger sollen überall gleich behandelt werden, das fordere das EU-Gesetz: «Das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit erfordert, dass alle Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die sich aufgrund dieser Richtlinie in einem Mitgliedstaat aufhalten, in diesem Mitgliedstaat in den Anwendungsbereichen des Vertrags die gleiche Behandlung wie Inländer geniessen; dies gilt vorbehaltlich spezifischer und ausdrücklich im Vertrag und im abgeleiteten Recht vorgesehener Bestimmungen.»

Doch vor allem in reicheren EU-Staaten werden die Politiker die Bedenken der Bürger ernst nehmen müssen. Sie wissen zudem um die Gefahr, innerhalb der EU gleichzeitig Freizügigkeit und lukrative Sozialleistungen anzubieten, und sie begreifen die Wirkung falscher Anreize. Sollte die Masseneinwanderungs-Initiative von Volk und Ständen angenommen werden und die Personenfreizügigkeit mit der EU zur Diskussion stehen: Die Schweiz müsste bei wichtigen EU-Staaten eigentlich mit Verständnis dafür rechnen können, einer unkontrollierten Zuwanderung Einhalt gebieten zu wollen. pierre.heumann@baz.ch

Hick-up

Der alte Wurm und das Tor zu langem Leben

Von Martin Hicklin

Man kann es drehen und wenden, wie man will, es bleibt eine unangenehme Tatsache: Altern ist in unseren gut genährten Gegenden schon für sich allein genommen der grösste Risikofaktor, krank zu werden und zu sterben. Tausend Ratschläge und Rezepte gibt es, wie man das Verlottern bremsen und nicht allzu überreif werden könnte. Aber meistens ist der Effekt von zweifelhafter Art und auch von kurzer Dauer, wenn man mal von den dauerhaften Runzeln am Portemonnaie absieht, die manche Frischkur verursacht. Pfeif drauf, sagt der Weise, wenn nur der Kopf noch funktioniert. Und eines muss man ja auch sagen: Noch nie sind so viele Menschen in verblüffend gutem Zustand so alt geworden wie heute und geniessen erst noch ihr langes Leben. Nicht alle leider, aber mehr denn je. Der Traum von Jungbrunnen allerdings, in dem man auf der Bahre getragen wird und den man auf der anderen Seite auf jungen Füssen verlässt, um das Festzelt des Lebens mit neuen Kräften zu betreten, ist nur auf Lukas Cranachs (des Älteren) berühmtem Bild wahr geworden. Es scheint ziemlich unverrückbare Grenzen zu geben. Oder doch nicht? Lebensforschung richtet auch in solchen Fragen ihren Blick gern auf natürlich kurzlebige Geschöpfe, die Taufliege *Drosophila*

melanogaster etwa oder den bemerkenswerten Fadenwurm *Caenorhabditis elegans*. Nur einen Millimeter lang ist der Bodenbewohner, dessen Name eigentlich «neuzzeitlicher Rutenförmiger» bedeutet und der zudem wegen seiner schönen Bewegungsweise wirklich verdient den Beinamen *elegans* trägt. Die Eleganz hat er uns voraus, aber sonst in Lebensfragen mit uns einiges gemein. Der früher immer wieder auch mal in Basel anzutreffende Nobelpreisträger Sidney Brenner hatte den überschaubaren Wurm als Modelltier empfohlen. Seither wurde manche Entdeckung am kleinen Fadenwurm gemacht.

Auch die Frage der Lebensverlängerung wurde an *Caenorhabditis* studiert. So ist belegt, dass eine Diätrestriktion (ein neutrales Wort für Hungerkur) Zellvorgänge so verändert, dass sich das Leben verlängert, vorausgesetzt, das Lebenswichtige fehlt nicht. Andererseits wurde schon gezeigt, dass die Signalstafette, über die Insulin an Zellen wirkt, eine wichtige Rolle in Sachen Lebensdauer spielt. Greift man in beide Wege bremsend ein, ergeben sich überraschend dramatische Effekte. Das wenigstens berichteten letzte Woche Di Chen, Pankaj Kapahi und Kollegen vom Buck-Institut für Altersforschung in Kalifornien in «Cell Reports». Sie veränderten mit zwei Mutationen beide Wege

beim Wurm. Und siehe da: Nicht nur ein bisschen, sondern gleich um das Fünffache verlängerte sich dessen Lebensdauer. Statt 20 Tage elegant gleich einige 100, was auf uns Menschen übertragen sich auf sagenhafte 500 Jahre beliefe. Eine ziemlich zwiespältige Vorstellung. Niemand hat den alten Wurm gefragt, wie er sich fühlt, und man kann schon wetten, dass das, was einem Fadenwurm gelingt, beim komplizierten Säuger Mensch nicht so einfach klappt. Aber niemand will ja im Ernst 500-Jährige durch die Strassen wandeln lassen. Gezeigt wird vor allem, wie spannend Forschung an diesen verwirrenden Signalwegen und -bahnen ist, auf denen in unseren Zellen das Leben gesteuert wird. Es ist kein Zufall, dass mittendrin wieder das Eiweiss TOR eine entscheidende und vielseitige Rolle als Schaltstelle spielt, das 1991 vom am Basler Biozentrum forschenden Michael Hall so getauft und erstmals beschrieben worden ist. Dass TOR unter einigen anderen auch eine Aufgabe als Sensor für Nahrung hat, zeigten Hall und sein Team bereits 2006. Nicht umsonst also hat der Biochemieprofessor letzte Woche in Kalifornien den Breakthrough Prize in Life Sciences mit immerhin drei Millionen Dollar bekommen (es stand in der Baz vom Samstag). Einen Preis, in dessen Schein sich auch die Life-Sciences-Stadt Basel etwas mitsonnen darf.

Basler Zeitung

Nordwestschweizer
ZEITUNG

National Zeitung und Basler Nachrichten AG

Verleger: Filippo Leutenegger

Chefredaktor: Markus Somm (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (en)

Chefredaktion: Eugen Sorg (eso), Leiter Autorenteam – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Stephan Sutter (sus), Blattmacher Assistent: Laila Abdel'Al

Politik: Thomas Wehrli (thw), Leitung – Martin Furrer (mfu), stv. Leitung – Claudia Biangetti (cb) – Dominique Burckhardt (db) – Viviane Joyce Laissue (vj) – Benedict Ditt (ben)

Bundeshaus: Dominik Feusi (fi) – Beni Gafner (bg)

Basel-Stadt: Raphael Suter (ras), Leitung – Daniel Wahl (wah), stv. Leitung – Denise Dollinger (dd) – Dominik Heitz (hei) – Franziska Laur (fl) – Denise Muchenberger (dm) – Martin Regenass (mar) – Markus Vogt (mv)

Baselland: Daniel Bailmer (dab), Leitung – Jonas Hoskyn (hys), stv. Leitung – Thomas Dähler (td) – Martin Brodbeck (-eck) – Peter de Marchi (pdm) – Thomas Gubler (Gu) – Boris Gygax (bgy) – Christian Horisberger (ch) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis) – Peter Walther (wap)

Wirtschaft: Dieter Bachmann (dba), Leitung – Patrick Griesser (pg) – Rahel Koerfgen (rak) – Ruedi Mäder (rm) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Tilman Pauls (tp) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Christoph Heim (hm), Leitung – Sigfried Schibli (bli), stv. Leitung – Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Wüest (mw)

Inlandkorrespondenten: Seraina Gross (sgr), Westschweiz – Gerhard Lob (lo), Tessin

Auslandkorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borger (bor), London – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Fickinger (fii), Warschau – Willi Germund (wig), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Patrick Marcolli (map), Berlin – Thomas Roser (tro), Belgrad – Renzo Ruf (r), Washington – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile: Thomas Waldmann (tw)

Autoren: Michael Bahnerth (mb) – Felix Erbacher (FE) – Mischa Hauswirth (hws) – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Hansjörg Müller (hjml)

Kolumnisten: Ruedi Arnold – Martin Breitenstein – Thomas Cueni – David Dür – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Martin Brodbeck (-eck) Mobil/Reisen/essen&Trinken: Benno Brunner (bb) – Roland Harisberger (rh) – Sarah Kuhnli (sku)

Beilagen/Projekte: Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

baz.ch: Alexander Müller (amu), Leitung – Joël Gernet (jg) – Fabian Kern (ker), Sport

Produktion/Gestaltung: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Sarah Kuhnli (sku) – Eva Neugebauer (ene) – Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffoli (Stellvertretung) – Jean-Claude Basler – Paul Graf – Monika Müller – Urs Rist – Paul Schwörer (Todesanzeigen)

Bildredaktion: Melody Gygax, Leitung – Thomas Altmöder – Doris Flubacher

Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Bildbearbeitung: Holger Böhler – Thomas Tanner

Korrektur: Lesley Paganetti und Rosmarie Ujak, Teamleitung – Katharina Dillier Muzzolini – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Anny Panizzi – Ruth Widin

Dokumentation/Archiv: Roger Berger, doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenschplatz 7, Postfach 459, 4010 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

CEO Basler Zeitung Medien: Rolf Bollmann

CFO Basler Zeitung Medien: Stefan Bandel

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbemarkt: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 6.30-18 Uhr, Samstag von 7.30-12 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr, Hochbergerstrasse 15, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Birkhäuser+GBC AG, Distriba AG, Neue Fricktaler Zeitung AG, Sa-Na Verlag AG

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MwSt): 6 Monate Fr. 223.–, 12 Monate Fr. 426.–, (Ausland auf Anfrage)

Verlag: Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

BaZ am Aeschenschplatz: Aeschenschplatz 7, Postfach 459, 4010 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, medienhaus@aesch.ch

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Büro Liestal: Basler Zeitung, Mühlegasse 3, 4410 Liestal Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Inserate: Basler Zeitung Medien, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20 inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservations/Technische Koordination: Reto Kyburz

Annoncenpreis Basler Zeitung: s/w oder farbig Fr. 4,25, Basler Zeitung Gesamtausgabe (Freitag): s/w oder farbig Fr. 5,70

Wohnen & Immobilien: Fr. 3,69, Arbeit & Stellen: Fr. 5,70 (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropol